



Markus Grübel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Markus Grübel MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

IGFM e.V.

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973
Fax: +49 (0) 30 227 76 964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Bahnhofstraße 27
73728 Esslingen a. N.
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66
Fax: +49 (0) 711 365 80 70
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

Berlin, 1. März 2023

Pressestatement von Markus Grübel MdB zur Verlesung bei der PK der IGFM e.V. und der Bahai-Gemeinde in Deutschland K.d.ö.R. zur Verfolgung der Bahai

Sehr geehrte Damen und Herren Pressevertreter,
liebe Vertreter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte,
liebe Vertreter der Deutschen Evangelischen Allianz als Gastgeber der heutigen Pressekonferenz,
vor allem aber liebe Angehörige der Bahai-Gemeinde in Deutschland,

zunächst einmal möchte ich um Verständnis bitten, dass ich heute nicht persönlich anwesend sein kann. Grund ist, dass wir uns in einer wie immer terminlich dicht gedrängten Sitzungswoche des Bundestages befinden, in der ich heute Nachmittag Termine wahrnehmen werde, die unmittelbar mit meiner Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss zu tun haben. Als Vertreter meines Büros sind jedoch mein wissenschaftlicher Mitarbeiter und meine derzeitige Praktikantin heute hier anwesend. Nun zum Thema der heutigen Pressekonferenz:

Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, setze ich mich bereits seit vielen Jahren für das Thema Religionsfreiheit weltweit ein. Als praktizierender Katholik leitet mich dabei mein christlicher Glaube. Deshalb ist es für mich selbstverständlich, dass ich mich für meine verfolgten Glaubensgeschwister überall auf der Welt einsetze. So bin ich unter anderem Mitglied im Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der auf die bedrückenden Schicksale verfolgter Christen aufmerksam macht.

Genauso selbstverständlich ist es für mich als Christ jedoch, nicht nur dann Anteil an der Verfolgung von Menschen zu nehmen, wenn sie meiner eigenen Religion angehören. Als Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, der ich von 2018 bis Anfang 2022 war, habe ich mich – quasi in staatlichem Auftrag – für das Recht eines und einer jeden eingesetzt, gemäß seinem bzw. ihrem Glauben zu leben. Und

dies galt unabhängig davon, wo diese Person lebte, welchem Glauben sie angehörte und ob sie ihren Glauben oder ihre Weltanschauung nur privat oder auch öffentlich praktizierte – oder eben auch keinen Glauben praktizierte, also säkular, agnostisch oder atheistisch war. Denn bei der gerade beschriebenen, wie man in Fachkreisen sagt, „positiven“ und „negativen Religionsfreiheit“ handelt es sich um ein fundamentales Menschenrecht.

Mein Engagement für Religionsfreiheit hat jedoch mit der Übergabe des Amtes des Bundesbeauftragten an meinen Nachfolger vor einem Jahr nicht geendet. So koordiniere ich in dieser Legislaturperiode beispielsweise den „Parlamentarischen Gesprächskreis Ahmadiyya“ im Bundestag, der auf das Schicksal der Ahmadis aufmerksam macht, die vom Mehrheits-Islam nicht anerkannt und in Ländern wie Pakistan massiv diskriminiert und verfolgt werden.

Aber auch die Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung der Glaubensgemeinschaft der Bahai, vor allem im Iran, liegt mir seit Jahren am Herzen. Darauf habe ich auch in meinem „2. Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit“, der im Oktober 2020 erschienen ist, aufmerksam gemacht und dort geschrieben:

„Von den nicht verfassungsrechtlich anerkannten Minderheiten sind die Bahá'í, die zahlenmäßig größte Minderheit im Iran, am stärksten Repressalien und Verfolgung ausgesetzt. Sie gelten pauschal als „Häretiker“; in Anklagen wird ihnen Staatsgefährdung vorgeworfen.“

Leider hat sich dies bis zum heutigen Tag nicht zum Positiven verändert, im Gegenteil: Man hat den Eindruck, dass die „Islamische Republik Iran“, ausgelöst durch die Proteste nach dem gewaltsamen Tod der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini im Oktober letzten Jahres, ihre Verfolgung auch gegenüber religiösen Minderheiten noch massiv verstärkt hat. So war es für mich auch keine Frage, das Angebot der IGFM anzunehmen, eine politische Patenschaft für Fariba Kamalabadi und Mahvash Sabet zu übernehmen. Denn es ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass diese beiden mutigen Frauen bereits zum zweiten Mal in Haft genommen wurden, nachdem sie bereits neun Jahre Haft im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran unter unmenschlichen Bedingungen erleiden mussten – und dies aus einem einzigen Grund: weil sie Bahai sind.

So hoffe ich – zusammen mit vielen Abgeordnetenkollegen, die ebenfalls Patenschaften für verfolgte Iraner übernommen haben –, dass wir dadurch die Betroffenen schützen und zugleich den Druck auf das Regime in Teheran erhöhen. Die „Islamische Republik“ muss wenigstens menschenrechtliche und rechtsstaatliche Mindeststandards einhalten!

Am Ende kann es für mich aber nur einen Weg geben, wie im Iran – ein Land mit einer uralten Kultur und wunderbaren Menschen – auf Dauer die Verfolgung von angeblichen Staatsfeinden und religiösen Minderheiten eingestellt wird: Die Beseitigung der Herrschaft der Mullahs und die Etablierung eines demokratischen, pluralistischen und rechtsstaatlichen Iran, in welchem alle Bürger dieselben Rechte genießen und ohne Angst vor Basidsch-Milizen, Revolutionsgarden oder anderen Instrumenten eines staatlichen Unterdrückungsapparates friedlich miteinander leben können. Heute noch erscheint all dies wie ein Traum. Aber wie sagte einst der erste israelische Ministerpräsident David Ben Gurion: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

Selbstverständlich ist die Verwirklichung dieses Traumes oder Wunders Sache der Iraner. Genauso selbstverständlich sollte es aber sein, dass wir als westliche Demokratien, als Europa und Deutschland, hierbei nicht an der Seitenlinie stehen. Vielmehr müssen wir diejenigen Kräfte stärken, die sich für einen demokratischen und rechtsstaatlichen Iran einsetzen. Und erlauben Sie mir, auch als stellv. Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe zum Schluss noch eine Analogie: Seit einem Jahr nun kämpfen die mutigen Ukrainer gegen die russischen Besatzer. Im Iran hingegen bestand von 1941 bis 1979 die Diktatur von Schah Mohammad Reza Pahlavi und seither die Theokratie der Mullahs. Die mutigen Menschen im Iran kämpfen also bereits seit 82 Jahren gegen die „Besatzer aus dem eigenen Volk“. Mich und meine Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion stehen dabei an ihrer Seite.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen für Ihre weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg. Auf meine Unterstützung können Sie zählen.

Markus Grübel MdB

Ehem. Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit
Parl. Staatssekretär a.D.